

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

07.07.2023

1   <b>LNG-Terminal Rügen: Habeck droht mit Horrorszenario</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 03.07.2023</i> .....	3
2   <b>Land finanziert Renaturierung von Polder bei Anklam</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 01.07.2023</i> .....	4
3   <b>Atomkraft in deutschland</b> <i>Berliner Zeitung, 01.07.2023</i> .....	5
4   <b>Zwischenziel im Münsterland</b> <i>Kölner Stadt-Anzeiger Köln linksrheinisch, 03.07.2023</i> .....	6
5   <b>SPD-Politiker beschimpft Tourismusmanager von Rügen</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 04.07.2023</i> .....	8
6   <b>Es ist noch nicht vorbei</b> <i>die tageszeitung, 04.07.2023</i> .....	10
7   <b>Die Utopie einer uranfreien Welt</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.07.2023</i> .....	12
8   <b>„Auf Kontamination überprüft“</b> <i>Elbe-Jeetzel-Zeitung, 05.07.2023</i> .....	14
9   <b>Zwischenlagerung von Atommüll war Tagungs-Thema</b> <i>Landshuter Zeitung, 05.07.2023</i> .....	15
10   <b>Hafen Mukran bereit für LNG-Terminal</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 06.07.2023</i> .....	16
11   <b>Die Ukrainer bereiten sich auf den Ernstfall am AKW Saporischschja vor</b> <i>tagesspiegel.de, 05.07.2023</i> .....	18
12   <b>Sicherheitsbedenken bei den Zwischenlagern</b> <i>Augsburger Allgemeine Augsburg, 06.07.2023</i> .....	20
13   <b>Japan will radioaktives Fukushima-Wasser in den Pazifik leiten – Internationale Atom-energiebehörde stimmt zu</b> <i>stern.de, 05.07.2023</i> .....	22
14   <b>Landesregierung stellt sich gegen LNG-Pläne auf Rügen</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 07.07.2023</i> .....	24
15   <b>LNG-Terminal: Habeck macht 500 Millionen Euro locker</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 07.07.2023</i> .....	25
16   <b>Der Mann, der Rügen das LNG schmackhaft machen soll</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 07.07.2023</i> .....	26
17   <b>Für eine Energiewende ohne zusätzlichen radioaktiven Müll</b> <i>Südwest Presse - Neckar-Chronik, 07.07.2023</i> .....	28

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 03.07.2023 | S. 14

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Andreas Meyer

## LAND SOLL BAU SCHNELL GENEHMIGEN

# LNG-Terminal Rügen: Habeck droht mit Horrorszenario

## Bundesminister warnt vor Preisexplosion bundesweit, wenn MV das Projekt nicht genehmigt

Zahlen nennt er weiterhin nicht, aber er malt ein „Horrorszenario“ an die Wand - und erhöht damit den Druck auf die Schweriner Landesregierung: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) fordert in einem Brief an den Schweriner Umweltminister Till Backhaus (SPD), dass MV das geplante LNG-Terminal in Mukran zügig genehmigt, das Verfahren „konstruktiv begleitet“.

Sollte dies nicht geschehen, könnte dies dramatische Folgen in ganz Deutschland haben, warnt Habeck. Ohne das Terminal auf Rügen drohen die Energiepreise im Winter erneut zu explodieren. Das Land zeigt sich unbeeindruckt.

„Bund und Länder stehen gemeinsam in der Verantwortung, einer Gasmangellage und einem erneuten Anstieg der Energiepreise für Bürger sowie Unternehmen mit allen erforderlichen Mitteln vorzubeugen“, schreibt Habeck auch an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD). „Der Bund hat mehrfach dargelegt, dass in Ostdeutschland weiterhin sehr dringender Handlungsbedarf besteht. Die aktuelle Versorgung praktisch alleine über Nordwestdeutschland stellt keine dauerhaft verlässliche Lösung dar.“

In Mukran soll das einzige LNG-Terminal im Osten entstehen. Das Unternehmen Regas hat erste Vereinbarungen geschlossen, wonach über zwei „Regasifizierungsschiffe“ jährlich bis zu 15 Milliarden Kubikmeter Gas in das deutsche Netz eingespeist werden sollen. Nötig ist dafür der Bau einer 50-Kilometer-Pipeline von Rügen nach Lubmin. Später soll in Mukran Wasser-

stoff erzeugt und auch importiert werden.

Erst vor einer Woche hatte der Bundestag in erster Lesung über die Novellierung des LNG-Beschleunigungsgesetzes beraten - samt Standort Mukran. Der, so der Bundeswirtschaftsminister, habe eine „hervorgehobene Bedeutung“ für die Versorgungssicherheit auch „Mittel- und Osteuropas“.

Habeck erhöht nun den Druck auf die zögernde Landesregierung: Die „erforderlichen Genehmigungen“ müssten rechtzeitig vorliegen, „die Arbeiten zeitgerecht beginnen und abgeschlossen werden“ - „damit eine Einspeisung in Mukran noch im nächsten Winter zur wesentlichen Stabilisierung der Gasversorgung beitragen kann“.

Das Land bleibt aber bei seinen Bedingungen: Umweltminister Backhaus und Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (ebenso SPD) hatten Berlin eine Liste mit Forderungen vorgelegt. Im Gegenzug für ein Schweriner „Ja“ zum Terminal sollen unter anderem auf Rügen Radwege finanziert werden, Bahn-Trassen in MV ausgebaut werden. Habeck geht darauf kaum ein. Backhaus-Sprecherin Eva Klaußner-Ziebarth betont: Diese Forderungen seien „nach wie vor von zentraler Bedeutung“ für das Land.

Zur Forderung einer schnellen Genehmigung sagt das Ministerium: „Die zuständigen Behörden in MV werden, wie bei allen anderen Vorhaben, ein ordnungsgemäßes und rechtsstaatliches Zulassungsverfahren gewährleisten.“

## Land finanziert Renaturierung von Polder bei Anklam

**Schwerin.** Die aktive Unterstützung für den Bau der Erdgasleitung Nord Stream 2 hat nach dem vorzeitigen Ende des Milliarden-Projekts finanzielle Spätfolgen für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Das wurde am Freitag bei der Zeugenvernehmung im Landtags-Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorgänge um die Klimaschutzstiftung MV deutlich. Wie ein Mitarbeiter des Umweltministeriums sagte, wird die weitere Renaturierung des Polders Bargischow im Bereich der Peenemündung nun vom Land finanziert.

Nach Angaben des Grünen-Landtagsabgeordneten Hannes Damm geht es um etwa sechs Millionen Euro. Die Umsetzung werde durch die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH weiter verfolgt, hieß

es. Die Gesellschaft, die dem Land zu 50 Prozent gehört, war von Anfang an an dem Vorhaben beteiligt. Die Wiedervernässung des Moorgebietes bei Anklam war ursprünglich als Umweltausgleichsmaßnahme für den Bau der Pipeline Nord Stream 2 durch die Ostsee geplant, finanziert durch die Gazprom-Tochter. Die Nord Stream 2 AG habe jedoch ihre Zahlungen eingestellt, nachdem das Pipeline-Projekt 2022 gestoppt worden sei.

Wegen der Aggression Russlands gegen die Ukraine hatte Deutschland die Betriebsgenehmigung für die Gasleitung verweigert. Die Nord Stream 2 AG hatte nach eigenen Angaben mehr als 40 Millionen Euro für Umwelt-Kompensationsmaßnahmen in Deutschland eingeplant.



📰 Berliner Zeitung | 01.07.2023 | S. 27

📄 Auflage: 82.579 | Reichweite: 277.533

## Atomkraft in deutschland

1939: Otto Hahn und Fritz Straßmann gelang in Berlin-Dahlem die erste Atomkernspaltung.

1942 – 1945: An der Heeresversuchsanstalt wird an der Nutzung der Atomkraft für militärische Ziele gearbeitet.

1949: Trotz eines Verbots der Alliierten nahm die Kernphysikalische Kommission um Werner Heisenberg informell ihre Arbeit wieder auf.

1954: Die „Reaktorphysikalische Arbeitsgruppe“ begann unter Werner Heisenberg am Max-Planck-Institut in Göttingen offiziell mit ihrer Arbeit.

1955: Gründung des Bundesministeriums für Atomfragen. Erster Minister wurde Franz-Josef Strauß (CSU).

1957: Nachdem Bundeskanzler Konrad Adenauer die Atombombe „als Weiterentwicklung der Artillerie“ verarmlost hatte, übermittelte Otto Hahn FAZ, Welt und Süddeutscher Zeitung das „Manifest der Göttinger 18“, die eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr entschieden ablehnten.

1961: Netzsynchroisation des Versuchsreaktors in Kahl (Bayern), ein Siedewasserreaktor mit einer elektrischen Leistung von 16 MW.

1966: Inbetriebnahme des ersten Leichtwasser-AKW in Gundremmingen. Es folgten auch Druck- und Siedewasserreaktoren. In Kalkar wurde ein Schneller Brüter und in Hamm-Uentrop ein Hochtemperaturreaktor geplant, die nicht in Betrieb gingen.

1974: Der weltweit erste 1200-Megawatt-Atomblock geht in Biblis (Hessen) in Betrieb.

1984: Das Zwischenlager Gorleben (Niedersachsen) wird für schwachradioaktive Abfälle in Betrieb genommen. Dort soll ein „Nationales Entsorgungszentrum“ entstehen.

1986: Seit dem Super-GAU von Tschernobyl ist eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung für den Ausstieg aus der Atomenergie.

1989: Die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf (WAA) für abgebrannte Brennstoffe wird nach massiven Protesten eingestellt.

1990: Mit der Stilllegung der AKW Greifswald und Rheinsberg endet die Atomenergie der früheren DDR.

1995: Der ersten Castor-Transporte mit Atommüll aus der Wiederaufbereitungsanlage von La Hague (Frankreich) werden nach Gorleben gebracht.

2002: Nach konsensualen Verhandlungen mit den AKW-Betreibern kommt es unter Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Gesetz über die „Beendigung der Kernenergie“.

2009: Nach dem Regierungswechsel zu Angela Merkel werden die Laufzeiten der verbliebenen 17 AKW um acht bis 14 Jahre verlängert.

2011: Nach der Atomkatastrophe von Fukushima beschließt die schwarz-gelbe Regierung den Atomausstieg bis 2022.

2013: Die Kommission für eine sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle legt einen Bericht vor, um bis 2050 ein fertiges Lager für eine sichere Verwahrung des Atommülls zu errichten. Der Zeitplan ist inzwischen illusorisch.

2022: Angesichts des Ukrainekriegs sollten vor allem auf Druck von FDP und Union die verbliebenen letzten drei deutschen AKW weiterlaufen. Nach einer Intervention des Kanzlers wird die Laufzeit bis zum 25. April 2023 verlängert.

2023: Am 15. April werden die letzten drei AKW in Deutschland abgestellt.

**CASTOR-BEHÄLTER / LANGE WAR UNKLAR, WAS MIT DEM ATOMMÜLL AUS DEM FORSCHUNGSZENTRUM JÜLICH PASSIERT - NUN WERDEN ERSTE TESTFAHRTEN FÜR EINEN TRANSPORT DURCHGEFÜHRT****Zwischenziel im Münsterland**

**Köln.** Lange war nicht klar, was mit dem Atommüll der Reaktoren des AVR-Forschungszentrum Jülich passieren sollte. Nun hat ein Logistikunternehmen am Dienstag und Mittwoch Testfahrten für den Transport der Brennelemente aus dem Zwischenlager Jülich in das Zwischenlager Ahaus absolviert. Damit scheint die Alternative, der Bau eines neuen Lagers in Jülich, vom Tisch. Ein Schritt in die falsche Richtung, meinen Kritiker.

Schon seit 2014 steht fest: Im Zwischenlager Jülich im Norden des Kreises Düren dürfen die 152 Behälter vom Typ Castor, die mit kugelförmigen Brennelementen befüllt sind, nicht bleiben. Die Halle entspricht nicht den Sicherheitsanforderungen, vor allem weil sie als nicht erdbebensicher gilt. Die Atomaufsicht hatte deshalb die "unverzügliche Räumung" des Provisoriums angeordnet. Dafür verantwortlich ist die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN).

Daraufhin waren drei Optionen im Gespräch: Die Brennelemente in das Herkunftsland USA zurückzuführen (US-Option), die Castoren in ein Zwischenlager in Ahaus im westlichen Münsterland zu transportieren (Ahaus-Option). Oder ein neues Zwischenlager am Standort Jülich zu errichten (Neubau-Option).

Die US-Option ist schon länger vom Tisch. Sie wäre mit den meisten Kosten und Risiken verbunden gewesen. Danach schien die Neubau-Option favorisiert, doch ein Lager wurde nie gebaut. Aus Sicht der Atomaufsicht Nordrhein-Westfalens ist eine Genehmigung der Neubau-Option weiterhin schneller zu erreichen als ein Transport nach Ahaus. Das teilt das NRW-Wirtschaftsministerium dem "Kölner Stadt-Anzeiger" auf Anfrage mit. Das Ministerium ist für die atomrechtliche Aufsicht zuständig.

In einem Bericht der verantwortlichen Bundesministerien, der dem "Kölner Stadt-Anzeiger" vorliegt, wurde jedoch im September 2022 festgelegt, dass zwar beide Optionen verfolgt, die Ahaus-Option jedoch priorisiert

werden soll - sie sei am schnellsten und günstigsten umsetzbar. Dem gehe die JEN nach, sagt Jörg Kriewel, Leiter der JEN-Unternehmenskommunikation.

So rollte am vergangenen Dienstag ein 30 Meter langer Lkw zunächst auf dem Jülicher Gelände und wurde auf seine Rangierfähigkeiten und Sicherheit geprüft, bevor er nachts die Strecke von gut 180 Kilometern zum Zwischenlager nach Ahaus fuhr. Dort wurde der Lkw wiederum am nächsten Tag getestet. Das sei Teil des Genehmigungsverfahrens durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), erklärt Jörg Kriewel.

Im Oktober soll entsprechend eine weitere Testfahrt, eine sogenannte Kalthandhabung, stattfinden. Der Lkw wird dann mit einem leeren Castor beladen und alle Abläufe werden getestet - eine Generalprobe also. "Wenn dann alles so gut klappt wie am Dienstag, rechnen wir mit einer Genehmigung Ende des Jahres", so Kriewel.

Wird diese Genehmigung erteilt, geht die JEN davon aus, im ersten Quartal 2024 mit den Transporten beginnen zu können. Alle 152 Castoren sollen dann innerhalb von zwei Jahren transportiert werden. Die JEN hat vier Lkw, die jeweils einen Castor befördern können und voll beladen 130 Tonnen schwer sind. Sobald die ersten Transporte erfolgt sind, will das Unternehmen der Neubau-Option nicht mehr nachgehen.

Das sorgt für einen Aufschrei bei der Anti-Atom-Organisation "Ausgestrahlt". Eine Verfrachtung des Atommülls löse das Problem nicht, so Helge Bauer von "Ausgestrahlt", sondern verlagere es bloß. "Da es frühestens im 22. Jahrhundert ein Endlager für den Müll geben wird, wird die Zwischenlagerung de facto eine Langzeitlagerung", sagt er.

Die Genehmigung des Zwischenlagers in Ahaus erlischt jedoch in 13 Jahren. Was dann mit den Castoren aus Jülich passieren soll, steht nicht fest. "Es ist ganz

klar, dass die Atomaufsicht die Genehmigung verlängern muss“, betont Jörg Kriewel von der JEN, „und das wird sie tun, bin ich mir sicher“. Auch der Kritik, dass der Transport der hoch radioaktiven Stoffe unsicher sei, widerspricht Kriewel: „Wenn die Transportgenehmigung vorliegt, ist nachgewiesen, dass die Fahrzeuge den Sicherheitsrichtlinien entsprechen.“ Der Transport sei bereits für 2017 vorbereitet gewesen, sagt Kriewel. Im Jahr zuvor wurden vom Bundesamt jedoch neue Richtlinien eingeführt, nach denen der Schutz gegen Terror stärker beachtet werden muss. Laut Kriewel wurde das im neuen Transportkonzept bedacht, weshalb sich die Testfahrten bis 2023 verzögert hätten.

Ob eine Lager-Option sicherer sei als die andere, möchte Kriewel nicht mutmaßen. Helge Bauer von „Ausgestraht“ hingegen ist sich sicher, dass die

Neubau-Option deutlich sicherer ist. Sie würde das ihm zufolge planlose Herumfahren von Atommüll durch NRW, bei dem Bevölkerung und Umwelt einem vermeidbaren Risiko ausgesetzt seien, verhindern.

Weiter kritisiert die Organisation, dass die Reparaturmöglichkeiten bei möglichen Undichtigkeiten in Ahaus nicht ausreichend seien. Die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), die das Zwischenlager in Ahaus verantwortet, widerspricht dem: „Sollte es zu einer Entscheidung für die Ahaus-Option kommen, können wir hier die sichere Zwischenlagerung gewährleisten.“

Trotzdem: Noch sei nichts entschieden, betont das NRW-Wirtschaftsministerium: „Zum jetzigen Zeitpunkt liegen für keine der beiden Optionen die formalen und technischen Voraussetzungen vor.“

## SPD-Politiker beschimpft Tourismusmanager von Rügen

*Das geplante LNG-Terminal auf der Urlaubsinsel treibt Keile in Politik und Parteien. Im Bundestag teilte jetzt ein Sozialdemokrat aus Schleswig-Holstein in Richtung Osten aus.*

**Binz.** Dass Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im Kampf um Touristen als Kontrahenten gelten, ist bekannt. Dass dieser Kampf der beiden Bundesländer mittlerweile mit äußerst harten Bandagen geführt wird, wurde gestern im Klima- und Energieausschuss des Bundestages deutlich.

In einer Expertenanhörung zum LNG-Beschleunigungsgesetz und dem LNG-Terminal auf Rügen giftete der aus Schleswig-Holstein stammende Bundestagsabgeordnete Bengt Bergt (SPD) in Richtung Kai Gardeja (Tourismusdirektor Rügen) und Ronald Rambow (Chef des Fremdenverkehrsvereins Binz).

Bei Usedom würde es ja auch ein Flüssiggas-Terminal geben und kein Strand werde verunreinigt und kein Tourist vergrault, so der SPD-Mann mit Blick auf Swinemünde. Gardeja und Rambow hatten zuvor vor massiven Umweltzerstörungen und der Vernichtung von Teilen des Tourismus durch ein LNG-Terminal gewarnt.

Mit dem Gift aus Schleswig-Holstein bespritzt, konterte Gardeja: „Es bringt doch nichts, die touristischen Märkte gegeneinander auszuspielen. Aber vielleicht war Herr Bergt noch nie auf Rügen und Usedom und kennt die Örtlichkeiten nicht.“

### CDU-Mann Amthor verteidigt die Rügäner

Philipp Amthor, CDU-Abgeordneter aus Vorpommern, verteidigte die Rügäner und bezeichnete die Attacke aus Schleswig-Holstein als „unangemessen“. Dass es in Swinemünde auf polnischer Seite ein Terminal in der Nähe Usedom gebe, rechtfertige nicht ein Terminal im Hafen von Mukran.

„Im Übrigen gewinnt man durch solche Bemerkungen bestimmt kein Vertrauen der Bürger in solch ein Vorhaben“, kritisierte Amthor. Doch die Attacke Bergts zeigte auch, wie unversöhnlich mittlerweile Befürworter und Gegner von LNG-Terminals für die Anlandung von Flüssiggas-Importen streiten.

Während die Ampelkoalition immer wieder betont, dass LNG dringend notwendig sei, um eine Gasmanngelage im Winter zu verhindern, weisen die Widersacher darauf hin, dass es zu milliardenteuren Überkapazitäten beim Flüssiggas als Ersatz für das politisch nicht gewollte Erdgas aus Russland kommen werde.

Zugleich würde das dreckige Flüssiggas die Transformation von fossilen zu Erneuerbaren Energien zurückwerfen und die Klimaschutzziele gefährden. Selbst wenn es später möglich sein könnte, die LNG-Anlagen auf klimafreundlicherem Wasserstoff umzurüsten, könnte das Flüssiggas in den jetzt im Bau befindlichen LNG-Terminals bis 2043 genutzt werden.

Unabhängig vom Klimaschutz: Die Rügäner befürchten, dass ihre Insel durch den Bau des Terminals und des damit verbundenen starken Schiffsverkehrs früher oder später „beerdigt“ werde, sagte Rambow. Dass sich 36 von 38 Bürgermeistern auf der Insel und über 100 000 Bürger in einer Petition gegen das Projekt ausgesprochen haben, aber keiner aus der Bundesregierung mit den Betroffenen in einen konstruktiven Dialog getreten sei, sei kein demokratischer Weg, mahnte Gardeja. Hier solle ein Gesetz vom grünen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck durchgepeitscht werden, das für eine ganze Urlaubsregion mit 52 000 Arbeitsplätzen existenzgefährdend sei.

Leif-Erik Holm, AfD-Bundestagsabgeordneter aus MV sprach davon, dass sich die Bürger komplett überfahren fühlten.

### SPD-Abgeordnete aus dem Nordosten schweigen

Auch die Opposition könnte am Ende überfahren werden. Sie befürchtet, dass die Ampel das Gesetz einfach mit verkürzter Frist auf die Tagesordnung hebt, um es doch noch vor der Sommerpause zu verabschieden. „Eigentlich müsste ein Vorhaben, das so kontrovers diskutiert wird und das so vielen Bürgern Angst macht, einvernehmlich gelöst werden“, sagte der Ausschussvorsitzende Klaus Ernst (Linke).

Die Kontroverse reicht tief in die Parteien. Beispiel SPD: Zwischen ihrem Anspruch, auf der einen Seite ihren heimatlichen Wahlkreis zu vertreten und auf der anderen Seite der großen politischen Linie auf Bundesebene folgen zu müssen, sind die

SPD-Abgeordneten aus MV tief gespalten. Sichtbares Indiz: Weder in der ersten Lesung des LNG-Beschleunigungsgesetzes noch in der gestrigen Expertenanhörung ergriff ein Sozialdemokrat das Wort.

📰 die tageszeitung | 04.07.2023 | S. 12

📄 Auflage: 47.381 | Reichweite: 295.933

👤 Reimar Paul

🔗 WEBLINK

## DEBATTE

# Es ist noch nicht vorbei

## Die Anti-AKW-Bewegung bleibt auch nach Abschalten der Meiler nötig: Das Müllproblem bleibt, Atomforschung und Brennstäbeproduktion gehen weiter

Am 15. April war Schluss. Eine Minute vor Mitternacht ging mit dem Reaktor Neckarwestheim II das letzte von einst 36 Atomkraftwerken in Deutschland vom Netz. Die Produktion von Atomstrom und Atom Müll ist seitdem Geschichte – ein jahrzehntelanger gesellschaftlicher Großkonflikt scheint mit einem großen Erfolg der Anti-AKW-Bewegung beendet. Schließlich hat sie mit langem Atem mächtige Gegenspieler aus Wirtschaft und Politik zum Umlenken gebracht. Zahlreiche geplante Atomkraftwerke wurden nie gebaut, nukleare Wiederaufarbeitungsanlagen im Wendland und in Wackersdorf verhindert, den Anstoß für den Siegeszug der erneuerbaren Energien gab die Bewegung ebenfalls. Wie viele Gerichtsbeschlüsse und vor allem das Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigen, wurde auch die Demokratie in der Wilmarsch und in Gorleben verteidigt.

Dennoch fiel die Freude über das AKW-Aus bei vielen aus der Bewegung eher verhalten aus. Denn der Konflikt um Atomkraft und Energiewende ist mit der Abschaltung der Meiler nicht vorbei. Nicht nur der laufende Betrieb von Atomkraftwerken, auch der sich über Jahrzehnte hinziehende Abriss birgt Gefahren. Zehntausende Tonnen teils stark verstrahlten Schrotts müssen abgetragen und abtransportiert werden. Die Strahlenschutzverordnung erlaubt es, radioaktiv belastetes Material wie kontaminierten Bauschutt oder Metallteile als „normalen“ Müll zu entsorgen – sofern ein bestimmter Grenzwert nicht überschritten wird. Erst vor wenigen Tagen sorgte die Meldung für Unruhe, dass der Betreiber des Gorlebener Zwischenlagers Hauben von Castorbehältern bei einem örtlichen Schrotthändler entsorgen ließ. Vollständig ist der Atomausstieg auch nicht: Die Brennelementefabrik in Lingen und die Urananreicherungsanlage in Gronau, die Atomkraftwerke in halb Europa mit frischem „Brennstoff“ beliefern, haben unbefristete Betriebsge-

nehmigungen. Die Lingener Fabrik will ihre Produktion in einem Joint Venture mit dem russischen Atomkonzern Rosatom sogar ausweiten und Brennstäbe künftig auch nach Osteuropa exportieren. Diverse Forschungsreaktoren sind ebenfalls noch in Betrieb. Und in die Atomforschung etwa in Karlsruhe oder Aachen fließen nach wie vor erhebliche Summe aus öffentlicher Hand.

Noch nicht einmal ansatzweise erledigt hat sich das Atom Müllproblem. Es betrifft einerseits die neu aufge rollte Suche nach einem Endlager für die hochradioaktiven Abfälle. Nachdem die mit der Suche betraute Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) 2020 einen ersten Zwischenbericht veröffentlichte, der mehr als die Hälfte des Bundesgebietes als potenziell geeignet ausweist, soll die Suche zunächst im Verborgenen weiterlaufen. Es besteht die Gefahr, dass die BGE erst in einigen Jahren weitere Gebietsausschlüsse veröffentlicht, wenn sie Standortregionen benennt, die oberirdisch geprüft werden sollen. Damit blieben die Betroffenen erneut außen vor. Maßgeblich dem Einsatz Anti-AKW-Bewegter ist es zu verdanken, dass diese „Transparenzlücke“ wenigstens öffentlich problematisiert wurde. Völlig ungeklärt ist der dauerhafte Verbleib des schwach und mittelradioaktiven Atom mülls. Zwar wird dafür seit Jahren das frühere Eisenerzbergwerk Konrad umgebaut, doch der Standort steht nach massivem Bürgerprotest auf der Kippe. Die Kritik: Konrad entspricht nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik, es handelt sich um ein altes Bergwerk, es gab kein vergleichendes Auswahlverfahren. Außerdem wäre Konrad viel zu klein – für die Abfälle, die aus dem maroden Atomlager Asse geborgen werden sollen, und für die Rückstände aus der Urananreicherung gäbe es dort gar keinen Platz.

Ebenso umstritten ist das auf dem Gelände des früheren AKW Würgassen in Nordrhein-Westfalen geplante

Bereitstellungslager, in dem die Abfälle für Konrad zunächst gesammelt und neu verpackt werden sollen. Durch dieses Lager würde sich die Zahl der gefährlichen Atommülltransporte durch Deutschland deutlich vermehren. Dazu kommt: Die Genehmigungen für die in den vergangenen Jahrzehnten an den AKW-Standorten hochgezogenen Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle laufen in absehbarer Zeit aus. Ein Endlager wird wohl erst zur Jahrhundertwende betriebsbereit sein. Bis dort alle rund 1.900 Castoren aus den 16 Zwischenlagern eingelagert sind, werden weitere Jahrzehnte vergehen.

Womöglich droht mittelfristig sogar eine Renaissance der Atomkraft durch die Hintertür. Lobbyorganisationen verweisen schon länger auf den im Vergleich zu Kohlekraftwerken deutlich geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Und verschweigen dabei die gigantischen Umweltschäden durch Uranerzabbau und -aufbereitung, die Unfallgefahren sowie ungelösten Probleme bei der Lagerung des Atommülls. Wenn es nach Europas Konservativen und Liberalen geht, soll der EU-Standard

für nachhaltige Investitionen, die sogenannte EU-Taxonomie, künftig auch Investitionen in Kernkraftanlagen umfassen. Damit bekämen diese ein Ökolabel, vergleichbar dem Bau von Windrädern und Solaranlagen. Aber verfügt die Anti-AKW-Bewegung noch die Stärke, um sich erfolgreich um diese Probleme zu kümmern? Gibt es die Bewegung überhaupt noch?

Ja, es gibt sie noch. Allerdings nicht mehr als Massenbewegung, die Zehntausende mobilisiert. Doch sind AKW-Gegner:innen weiterhin präsent, an den Standorten der Atomanlagen ebenso wie in überregionalen Organisationen und Strukturen wie der bundesweiten Atommüllkonferenz oder „ausgestrahlt!“. Um als interventionsfähige Bewegung mittelfristig zu bestehen, bräuchte es auch wirkmächtige Symbole und „Hot Spots“ wie früher die Bauplätze in Wyhl, Brokdorf und Wackersdorf oder die Castortransporte nach Gorleben. Nach der Abschaltung der AKWs sind solche Symbole zunächst nicht in Sicht. Das Atomthema trotzdem in der Öffentlichkeit zu halten, wird eine große Herausforderung für die Bewegung.

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 04.07.2023 | S. 7

📄 Auflage: 191.746 | Reichweite: 944.262

👤 MANFRED LINDINGER

## Die Utopie einer uranfreien Welt

### Kernkraft? Nein danke: Das Element mit der Ordnungszahl 92 im Fadenkreuz

Uran, ein schwarzgraues Schwermetall, ist das schwerste natürliche Element. Weil sein Atomkern aus 92 Protonen besteht, ist es im Periodensystem mit der Ordnungszahl 92 gelistet. Diese große Zahl an positiv geladenen Kernbausteinen ist auch der Grund für die Radioaktivität des Elements. Uran ist ein wichtiger Rohstoff für die Forschung, für medizinische und industrielle Anwendungen sowie für die Energiegewinnung in Kernkraftwerken. Uran ist aber auch Ausgangsstoff für den Bau todbringender Kernwaffen. Tatsächlich hat der Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima am 6. August 1945 schätzungsweise 70.000 bis 80.000 Menschen den Tod gebracht. Für den Umweltjournalisten Horst Hamm hat Uran wegen seines hohen Zerstörungspotentials einen ambivalenten Ruf. Denn ohne Uran gäbe es keine menschengemachte Kernspaltung und damit keine Atombombe, aber auch keine Umweltkatastrophen wie Tschernobyl und Fukushima. Es ist überwiegend ein düsteres Bild, das Horst Hamm über das Element mit der Ordnungszahl 92 in seinem Buch zeichnet - "Das unheimliche Element. Die Geschichte des Urans zwischen vermeintlicher Klimarettung und atomarer Bedrohung".

Dass er ein bekennender Kernkraftgegner ist und die Zukunft in den erneuerbaren Energien sieht, daraus macht der Autor von Anfang an kein Geheimnis. Hamm ist geschäftsführender Vorstand der "Nuclear Free Future Foundation", einer Stiftung, die über die Gefahren der Kerntechnologie zu zivilen sowie militärischen Zwecken aufklären will und sich gegen die nukleare Aufrüstung einsetzt. Und so liest sich das Buch über weite Teile als Plädoyer gegen Kernwaffen, vor allem aber auch gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, einschließlich der "schmutzigen" Gewinnung des Rohstoffs.

In jedem Kapitel beleuchtet Hamm eine andere Facette des Elements, das der Apotheker Martin Heinrich Klaproth im Jahre 1789 in Berlin entdeckte, als er ein Stück Pechblende aus Sachsen chemisch analysierte. Wie er aus dem Mineral ein unbekanntes schwarzes Pulver extrahierte, das er nach dem Planeten Ura-

nus benannte, erzählt Hamm ebenso ausführlich und kenntnisreich wie die Entdeckung des Franzosen Antoine Henri Becquerel 1896, dass Uran eine bis dahin ungekannte Strahlung aussendet, deren wahre Natur Marie Curie 1898 enträtselte.

Hat für Hamm die Erforschung des Urans und der Radioaktivität noch große Bedeutung für Wissenschaft und Menschheit gehabt, so ist für ihn die Entdeckung der Kernspaltung durch die deutschen Chemiker Otto Hahn und Fritz Straßmann im Jahr 1938 eine klare Zäsur. Denn damit beginne das Atomzeitalter mit all seinen trügerischen Hoffnungen und Schrecken. Vom ersten funktionierenden Kernreaktor in Chicago bis zu der Entwicklung der Atombombe im Zuge des "Manhattan-Projekts" und dem erstmaligen Einsatz der Bombe über Hiroshima vergingen nur wenige Jahre.

Wurde bis Ende der Fünfzigerjahre Uran überwiegend militärisch genutzt, nahm die friedliche Nutzung der Kernkraft in den Sechzigerjahren allmählich Fahrt auf. Doch die Erwartungen, dass mithilfe der Kernenergie elektrischer Strom in großen Mengen und unendlich billig zu erzeugen sei, wie sie US-Präsident Dwight D. Eisenhower in seiner Rede "Atoms for Peace" am 8. Dezember 1953 vor der UN-Generalversammlung geweckt hatte, hätten sich, so Hamm, bis heute nicht erfüllt. Im Gegenteil: Kernenergie sei nach wie vor teuer und eine mit großen Risiken behaftete Technologie, wie vor allem die Reaktorunfälle von Tschernobyl und Fukushima gezeigt hätten.

Gegen jegliche Nutzung von Uran sprechen für Hamm auch die negativen Auswirkungen des Uranbergbaus, die in vielen Teilen der Welt zu sehen seien, wo nach Uran geschürft wurde und noch wird. Die Bergarbeiter seien hohen Strahlenbelastungen ausgesetzt, von den Gesteins- und Schlammüberresten des Uranabbaus, die viele Zerfallsprodukte enthielten, gehe eine große Gefahr für die Bevölkerung aus. Hamm hat die Problematik des Uranbergbaus am Beispiel der Stadt Arlit in Niger recherchiert.

Hamm plädiert dafür, Uran in der Erde zu lassen und nicht anzurühren. Das ist ein unrealistischer Vorschlag, denn selbst beim Schürfen von Gold wird Uran zutage gefördert.

Der Autor sieht auch hinsichtlich der ungeklärten Frage der Endlagerung des Atom Mülls für die Kernenergie keine Zukunft: "Die Atomwirtschaft neigt sich heute ihrem Ende zu und führt derzeit eher einen verzweifelten Abwehrkampf gegen die wachsende Schar der Atomkritiker\*innen und vor allem gegen die erneuerbaren Energien, die überall in der Welt ihr den Rang ablaufen." Dass man heute in vielen Teilen der Welt noch an der Kernkraft festhalte, sei - so Hamms Überzeugung - einzig den Kernwaffen geschuldet, deren Arsenale die Atom mächte ausbauen.

Vernünftige Argumente pro Kernkraft sind für Hamm zum großen Teil Argumente der Atomlobby. Dass beispielsweise Frankreich, Belgien, Schweden und Finnland (dort sogar mit Unterstützung der Grünen) die Kernenergie neben den Erneuerbaren mittlerweile als eine Säule für die CO<sub>2</sub>-neutrale Stromerzeugung betrachten, findet bei Hamm keine große Beachtung. Von der Entwicklung neuer Reaktortypen, die Brennstoff effizienter ausnutzen und mit besseren Sicher-

heitskonzepten ausgestattet sind und weniger Atom müll produzieren sollen, hält Hamm genauso wenig wie von der Fusionsforschung, die Prozesse wie in der Sonne zur Energiegewinnung auf der Erde nutzen will.

Hamms Argumentation gegen Kernenergie und pro Erneuerbare ist nicht neu und erinnert mitunter an die Anfänge der Anti-Atomkraft-Bewegung. Zur Untermauerung seiner Thesen zitiert der Autor auch zahlreiche gleichgesinnte Vertreter von Umweltverbänden. Expertisen unabhängiger Wissenschaftler, die seit Jahren auf dem Gebiet der Kernenergie forschen, liest man dagegen nicht.

Hamm will mit seiner Abrechnung die Leser auf seine Seite ziehen und Argumente gegen Kernkraft an die Hand geben, wie er in seinem Nachwort schreibt. Ob das bei allen Lesern fruchtet, darf bezweifelt werden. Zumal in Deutschland Kernkraftwerke seit dem 14. April dieses Jahres ohnehin der Vergangenheit angehören.

Horst Hamm: Das unheimliche Element. Die Geschichte des Urans zwischen vermeintlicher Klimarettung und atomarer Bedrohung.

Oekom Verlag, München 2023. 240 S., 22,- Euro.

📰 Elbe-Jeetzal-Zeitung | 05.07.2023 | S. 2

📄 Auflage: 10.679 | Reichweite: 21.808

👤 ROUVEN GROSS

## „Auf Kontamination überprüft“

### *Niedersächsisches Umweltministerium zur Verschrottung von älteren Transporthüllen aus dem Zwischenlager*

**Gorleben.** Die ausgemusterten Castor-Transporthüllen, die unlängst von einem Verwertungsunternehmen verschrottet worden sind (EJZ berichtete), waren vor ihrer Abwrackung auf mögliche Kontaminationen untersucht worden. Das geht aus einer Stellungnahme des Niedersächsischen Umweltministeriums hervor. Allerdings sei eine solche Überprüfung nicht vorgeschrieben, es gebe keine atomrechtliche Verpflichtung für eine solche Kontrolle, so Manfred Böhling, Pressesprecher des Ministeriums. Die beiden Hauben, die verschrottet wurden, seien „vor über 20 Jahren einmalig in Betrieb gewesen für einen Castor-Transport nach Gorleben“, erläuterte Böhling. Danach seien sie „einige Jahre im Zwischenlager Ahaus gelagert“ worden. Vor rund zehn Jahren seien die Hauben zurück nach Gorleben gekommen und hätten bis April dieses Jahres „in der kontaminationsfreien (...) Halle – in großem Abstand zu den eingelagerten Behältern“ – gestanden.

„Für die Hauben war kein Freigabeverfahren nach Pa-

ragraf 31 der Strahlenschutzverordnung erforderlich“, heißt es aus dem Ministerium. Denn die Halle sei „im stationären Bereich kontaminationsfrei“, das werde „regelmäßig überprüft“. Bei der sogenannten Ausschleusung der Hauben aus dem Zwischenlager im Juni dieses Jahres seien aber dennoch eine „mögliche Kontamination – und eine in Rede stehende Neutronenaktivierung – mittels beweissichernder Messungen überprüft worden“. Die BGZ, also die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung, habe als Betreiberin des Zwischenlagers Gorleben entsprechende Messungen vorgenommen. Die Entsorgung der Hauben sei „im Einklang mit den betrieblichen Regelungen“ erfolgt.

Derzeit stehen laut Umweltministerium 13 ähnliche Transportabdeckungen am Standort der BGZ in Gorleben, von denen zwölf im Eigentum der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) seien und eine im Eigentum der BGZ.

📰 Landshtuter Zeitung | 05.07.2023 | S. 11

📄 Auflage: 20.706 | Reichweite: 58.831

👤 Bernhard Goth

## Zwischenlagerung von Atommüll war Tagungs-Thema

**Landkreis/Niederaichbach/Philippsburg.** (go) Die Bürgermeister der Kommunen in Deutschland, in denen Zwischenlager für radioaktiven Abfall betrieben werden, haben sich zu ihrer Tagung in Philippsburg getroffen. Dort informierten sie sich auch über aktuelle Projekte der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Mit dabei war auch Niederaichbachs Bürgermeister Josef Klaus (CSU), der seit 2018 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft von Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen (ASKETA) ist.

Ein wichtiges Thema war der neue Zeithorizont bei der

Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle und die daraus resultierenden längeren Zwischenlagerzeiten.

ASKETA-Vorsitzender Josef Klaus stellte fest: „Wir werden die Zwischenlagerung weiterhin kritisch begleiten, insbesondere die anstehenden Genehmigungsprozesse für die verlängerte Zwischenlagerung. In diesem Prozess muss die Lage der Standortkommunen berücksichtigt werden, denn wir vor Ort leben direkt an den Zwischenlagern.“

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 06.07.2023 | S. 9

📄 Auflage: 8.653 | Reichweite: 20.202

👤 Anne Ziebarth

## ENERGIE

# Hafen Mukran bereit für LNG-Terminal

**In der Stadtvertreterversammlung in Sassnitz lieferten sich Gegner und Befürworter erneut einen Schlagabtausch. Erstmals wurde das Projekt aus der Sicht des Fährhafens Mukran betrachtet.**

Diskussionen über das von der Bundesregierung in Mukran geplante Flüssigerdgasterminal gab es in den vergangenen Wochen viele. Hitzige Wortgefechte lieferten sich Gegner und Befürworter auch am Dienstag (4. Juli) in der Stadtvertreterversammlung in Sassnitz. Doch eine wichtige Stimme fehlte bislang. Harm Sievers, Geschäftsführer des Mukran Port, hielt sich lange mit einer Äußerung zum Thema zurück. In der Stadtvertreterversammlung änderte sich das. Wie sieht der Hafen das Projekt?

„Seit 3. März sind wir in die Diskussion involviert“, beschreibt Sievers. „Seitdem haben wir alle technischen Voraussetzungen im Hafen akribisch geprüft.“ Dazu seien auch in Kooperation mit mehreren Behörden, Fachleuten und auch Lotsen verschiedene Szenarien simuliert worden. Zum Beispiel Wetterereignisse sowie die Ein- und Ausfahrten der LNG-Tanker. Die Verkehrssicherheit sei gegeben, so Sievers. „Es geht.“

Sievers führte aus, dass man sich seit Längerem auf dem Weg vom Fährhafen zum Industriehafen befinde. „In der Landesraumordnung sind wir mit der Aufgabe betraut, Wirtschaft zu entwickeln, darauf sind auch alle Maßnahmen der vergangenen 20 Jahre ausgelegt.“

Zuerst habe man auch „lange Ohren“ bekommen, als der Begriff LNG gefallen sei. „Aber wir stehen nicht alleine da als Tourismusregion und Wirtschaftsstandort. In Zeebrügge (Belgien) etwa gibt es auch ein FSRU-Terminal (Anm.: Floating Storage and Regasification Unit - schwimmendes LNG-Terminal) und rechts und links ist Strand. Das funktioniert und wird auch weiter funktionieren.“ Auch in der Sassnitzer Partnerstadt Klaipeda (Litauen) liege seit 2014 ein FSRU. „Und dort an der Kurischen Nehrung ist Weltkulturerbe“, berichtet Sievers. „So grausam kann es also nicht sein.“

Zwei Dinge sind nach Aussage von Sievers noch nötig, um das Terminal mit den geplanten zwei Schiffen zu

installieren. „Zum einen die Vertiefung der Fahrrinne, das ist ohnehin geplant. Im Laufe dieses Monats rechnen wir mit einem Abschluss des Verfahrens“, so der Geschäftsführer. „Zum anderen der Ausbau der Kai-mauer. Dort ist das Genehmigungsverfahren fertig. Wir könnten es umsetzen, wenn es gewünscht wird.“

Die wirtschaftliche Situation des Hafens sei durch den russischen Angriffskrieg deutlich schlechter geworden. Die Diskussion um das LNG-Terminal und die Nachnutzung durch Wasserstofftechnologie hätten allerdings zu vermehrten Nachfragen der energieintensiven Industrie nach Ansiedlungsmöglichkeiten geführt. „Die Energie an den Standort zu bekommen, das ist die Herausforderung“, so Sievers. Die Geländezuschnitte im Fährhafen seien verbesserungsbedürftig, räumte er ein, aber für eine Umsetzung und Ansiedlungen sei keine Erweiterung nötig. Nach bisherigen Planungen soll ein Elektrolyseur, der mit Energie aus den Windenergieanlagen vor der Küste betrieben wird, für die nach dem LNG angedachte Wasserstoffproduktion genutzt werden. Nur ein Punkt, der den Wirtschaftswissenschaftler Christian von Hirschhausen, Leiter des Fachgebiets Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik an der Technischen Universität Berlin, nicht überzeugen kann. Er äußerte sich in der Sitzung erneut kritisch und verwies auf Untersuchungen des DIW, die auch der Landesregierung vorlägen. Zwei Punkte würden das Projekt obsolet machen. „Zum einen besteht keine Notwendigkeit für ein LNG-Terminal. Die Gas-mangellage ist vorüber, es gibt auch keine Struktur-empässe“, führte er seine Position aus. „Zum anderen besteht auch keine regionalwirtschaftliche Rationalität.“ Heißt: Der Hafen hätte nichts von der Ansiedlung.

Ein weiterer wichtiger Punkt für den Wissenschaftler: Es handele sich bei der im Beschleunigungsgesetz aufgeführten Anlandung nicht um Wasserstoff, sondern vielmehr um Ammoniaktransport, dahingehend sei auch der Nachweis einer Umrüstungsfähigkeit zu

erbringen.

Einen Konsens gibt es ganz offensichtlich nicht. „Ganz so einfach ist es nicht. Ich habe mit vielen Experten gesprochen, die anderer Auffassung sind“, so Vorpommerns Staatssekretär Heiko Miraß. Er sicherte zu, dass die Landesregierung hinsichtlich eines Genehmigungsverfahrens „ganz genau hinsehen“ werde, sollte es zu einer Entscheidung für Mukran kommen.

Was die Diskussion eigentlich mit den Beschäftigten des Fährhafens Mukran macht, ließ die hitzig geführte

Diskussion dann doch kurz innehalten. „Wir machen uns Sorgen um unsere Arbeitsplätze und den Ruf des Hafens. Dadurch, dass der jetzt öffentlich so schlecht gemacht wird“, so Jan Martens und Thomas Bumann vom Betriebsrat. „Erst werden wir wegen Nord Stream verprügelt und es wird mit Sanktionen bedroht. Jetzt sollen wir die Bösen sein wegen des LNG-Terminals. Wir wollen nur unsere Arbeit machen.“ Man habe kontrovers diskutiert in der Belegschaft, stehe aber hinter dem Projekt, wenn es komme. „Wir hatten mal fünf Fährschiffe im Wechsel hier“, hieß es. „Wir verstehen die Diskussion nicht.“

tagesspiegel.de | 05.07.2023

Viktoria Bräuner

WEBLINK

## Die Ukrainer bereiten sich auf den Ernstfall am AKW Saporischschja vor

**Saporischschja** – vor wenigen Monaten kannte wohl kaum jemand außerhalb der Ukraine den Namen von Europas größtem Atomkraftwerk. Doch seit Russlands Angriffskrieg wird die Lage dort immer gefährlicher: Moskau und Kiew bezichtigen einander eines angeblich unmittelbar bevorstehenden Anschlags auf den Meiler im Süden des Landes.

Am Dienstagabend warnte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in seiner täglichen Videoansprache, dass das russische Militär auf den Dächern mehrerer Reaktorblöcke Gegenstände platziert habe, die Sprengstoff ähnelten. Aus Moskau hieß es dagegen, die ukrainischen Streitkräfte planten selbst einen Angriff auf das AKW, das nahe der Front liegt. Unabhängig überprüfen lassen sich die Darstellungen nicht.

Je nach Strahlungsintensität im Falle einer Sprengung hätte das schreckliche Folgen für die Bevölkerung vor Ort. In der Region soll es bereits zu Hamsterkäufen kommen, zudem proben Sicherheitskräfte, Sanitäter und Polizei eine Evakuierung für den Ernstfall.

Hinzu kommt: Nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) hat das umkämpfte AKW den Anschluss an seine externe Hauptstromleitung verloren. Das Kraftwerk sei daher auf die erst kürzlich wiederhergestellte Ersatzversorgung durch eine weniger leistungsstarke Leitung angewiesen, erklärte IAEA-Chef Rafael Grossi am Dienstagabend in Wien.

Die einzige verbliebene 750-Kilovolt-Stromleitung – von vier vor dem Krieg verfügbaren – sei am Dienstag um 1:21 Uhr (Ortszeit) unterbrochen worden. „Es war nicht sofort bekannt, was den Stromausfall verursacht hat und wie lange er dauert“, sagte der Experte weiter.

Der Strom werde beispielsweise zum Pumpen von Kühlwasser für die Anlage benötigt. „Diesmal konnte das Kraftwerk einen völligen Ausfall der gesamten externen Stromversorgung vermeiden – was bereits sieben Mal während des Konflikts vorgekommen war –, aber die jüngste Stromleitungsunterbrechung verdeutlicht erneut die prekäre nukleare Sicherheitslage

im Kraftwerk“, sagte Grossi.

„Auch wenn es sich nicht um einen direkten Angriff auf die Anlage handelt, ist die Gefahr eines Unfalls aufgrund von Strom- oder Wasserausfall oder menschlichem Versagen sehr groß“, sagt Darya Dolzjkova, Expertin für Massenvernichtungswaffen am britischen Forschungsinstitut Royal United Services Institute (RUSI).

Rafael Grossi ist Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA).

Zwar gebe es Systeme, die helfen, solche Szenarien zu bewältigen und hoffentlich einen Unfall zu verhindern. „Aber es gibt auch viel Spielraum für Russland, einige dieser Schwachstellen auszunutzen, wenn es einen Zwischenfall verursachen wollte“, sagt die Expertin im Gespräch mit dem Tagesspiegel.

### Warnung vor „Terroranschlag“

Das mit einer Bruttoleistung von 6000 Megawatt leistungsstärkste europäische Atomkraftwerk steht seit Anfang März 2022 unter russischer Kontrolle. Kurz danach sollen die russischen Besatzer ukrainischen Angaben zufolge das Werksgelände vermint haben. Ende Juni erklärte der ukrainische Geheimdienstchef Kyrylo Budanov, die Besatzer hätten zudem die Gebäude sowie den Teich mit dem Kühlwasser vermint. Er warnte vor einem „Terroranschlag“ der russischen Armee.

Ein Team der IAEA, das dauerhaft in dem AKW stationiert ist, hatte Anfang Juli mitgeteilt, bei den Untersuchungen vor Ort keine Anzeichen für eine Vermintung gefunden zu haben. Zugleich mussten die Experten aber einräumen, zu einigen Bereichen der Anlage noch keinen Zugang erhalten zu haben. Teile der Turbinenhallen und des Kühlsystems müssten noch inspiziert werden, hieß es in dem IAEA-Bericht.

Die Atommeiler wurden im September 2022 heruntergefahren; fünf von den sechs Reaktoren befinden sich seitdem in einer sogenannten „Kaltabschaltung“. Da-

bei haben die Reaktoren nur noch eine Temperatur von unter 95 Grad, sodass kein Kühlwasser verdunstet.

Der sechste Reaktor befand sich noch bis vor Kurzem nur in „Heißabschaltung“, was bedeutet, dass er im ersten Kühlkreislauf immer noch 275 Grad heiß war. Wenn in diesem Fall die Kühlwasserpumpen ausfallen, bleibt nach Ansicht von Experten nur noch ein Tag, um eine Katastrophe zu verhindern. Inzwischen ist aber auch er auf unter 95 Grad geregelt worden.

### **Sorge vor Nuklearkatastrophe**

Unterdessen zeigt sich die Ukraine unzufrieden mit der Arbeit der IAEA. Nach Angaben des Beraters des Präsidentenbüros, Mychajlo Podoljak, würde IAEA-Chef Grossi das „Schlüsselrisiko“ nicht ausreichend managen.

Die IAEA habe „klare Einflusshebel“ auf Russland, sagte Podoljak in der Nacht zum Mittwoch im ukrainischen Nachrichtenfernsehen. Druck auf den staatlichen Atomkonzern Rosatom hätte einen Abzug der Russen und eine Minenräumung erzwingen können,

argumentierte er.

Tschechischer Außenminister Lipavský warnt „Sind wir in Gefahr, ist Deutschland es auch“ Gegenoffensive der Ukraine Eine neue Front und ein kaum überwindbares Problem Heilsbringer oder Klimasünde? Diese Nachteile haben LNG-Importe

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Oleksii Makeiev, sagte im Interview mit dem Sender „Welt“, dass sein Land „sehr intensiv“ mit der Bundesregierung in Kontakt sei, um eine „nukleare Katastrophe“ am ukrainischen AKW Saporischschja zu verhindern. Präsident Selenskyj habe alle Länder dazu aufgerufen, ihren Einfluss auf Moskau einzubringen, „damit es zu keiner nuklearen Katastrophe in Europa kommt“.

Trotzdem warnt die Wissenschaftlerin Dolzikova vor Panik: „Es ist sehr wichtig zu betonen, dass ein Zwischenfall im AKW von Saporischschja nicht mit dem Einsatz einer Atomwaffe gleichzusetzen wäre. Selbst ein Volltreffer auf einen Reaktor würde keine nukleare Explosion auslösen, wie sie bei der Detonation einer Kernwaffe zu erwarten wäre.“

## Augsburger Allgemeine

📰 Augsburger Allgemeine Augsburg | 06.07.2023 | S. 7

📄 Auflage: 29.305 | Reichweite: 93.808

👤 Von Stefan Küpper

### Sicherheitsbedenken bei den Zwischenlagern

**Eine aktuelle Studie kritisiert die Schutzkonzepte für hoch radioaktiven Atommüll. Die dafür zuständige Gesellschaft des Bundes widerspricht. Dennoch gibt es Nachbesserungsbedarf.**

**Berlin.** Die deutschen Atomkraftwerke sind vom Netz. Die Suche nach einem Endlager für den hoch radioaktiven Müll dauert indes nicht, wie ursprünglich geplant, bis 2031, sondern rund 15 Jahre länger. Und das hat Folgen für die 16 Zwischenlager, von denen eines in Gundremmingen (Kreis Günzburg) steht. Nach einer aktuellen Studie des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sei die Situation aller Zwischenlager „problematisch“, weshalb er fordert, die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) möge sichere Langzeitlager schaffen, bis das Endlager endlich gefunden ist.

Juliane Dickel, Leiterin Atom- und Energiepolitik beim BUND, erklärte im Gespräch mit unserer Redaktion, dass die in den Zwischenlagern abgestellten Behälter nicht darauf ausgelegt seien, die Abfälle der Atomzeit länger als 40 Jahre zu sichern. Es habe zwar nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima gewisse Nachrüstungen gegeben, aber das reiche nicht. Auch nicht für Gundremmingen. Dickel fordert: „Wir brauchen zukunftsorientierte Sicherheitskonzepte. Es muss nachgebessert werden.“ Zudem meint die Expertin: „Die Glaubwürdigkeit der Endlagersuche hängt sehr davon ab, wie jetzt mit den Zwischenlagern umgegangen wird.“

Im Brennelemente-Zwischenlager Gundremmingen sind aktuell 124 Castor-Behälter eingestellt, wie die BGZ auf Anfrage mitteilt. Das eingelagerte Inventar – abgebrannte Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Gundremmingen – entspräche 1071,5 Tonnen Schwermetall (Plutonium und Uran), heißt es weiter. Ein Sprecher betont, dass in über 30 Jahren Betrieb der Zwischenlager in Deutschland bislang keinerlei Störungen aufgetreten seien, die für Mensch oder Umwelt eine Gefährdung bedeuteten hätten: „Alle geltenden Schutzziele – der sichere Einschluss des radioaktiven Materials, die Wärmeabfuhr, das Verhindern einer nuklearen Kettenreaktion im Inneren des Behälters sowie Abschirmung der Strahlung – werden eingehalten.“ Ausschlaggebend dafür seien die Transport- und Lagerbehälter, die selbst extremen Einwirkungen wie

Feuer oder einem Flugzeugabsturz standhielten. Das alles werde fortlaufend von den Sicherheitsbehörden kontrolliert.

Das Zwischenlager Gundremmingen sei bis 2046 genehmigt, die bisherige Zwischenlagerung der Brennelemente zeige, dass das technische Konzept „uneingeschränkt funktioniert“. Sollte Handlungsbedarf bestehen, würde dieser „frühzeitig identifiziert“. Ferner bereite sich die BGZ seit ihrer Gründung 2017 auf eine verlängerte Zwischenlagerung – über die ursprünglich vorgesehenen Zeiträume hinaus – vor. Der Sprecher sagt wörtlich: „Das ist eine Kernaufgabe der BGZ. Denn auch nach der ursprünglichen Planung, 2031 einen Standort für das Endlager zu benennen und diesen in den 2050er Jahren in Betrieb zu nehmen, hätte es Jahrzehnte gedauert, bis alle Abfälle aus den Zwischenlagern an ein Endlager abgegeben sind.“

Beauftragt mit der Suche ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Drei Suchphasen sind vorgesehen. Bis Ende 2031 sollte der dann amtierende Bundestag ursprünglich einen Standort festgelegt haben. Daran hätte sich ein Endlager-Genehmigungsverfahren angeschlossen. Dann wäre gebaut worden. Nun dauert alles länger, aber wie lange denn tatsächlich? Und warum? Eine BGE-Sprecherin teilt mit, dass der „optimistischste Zeitpunkt“ für einen Abschluss der Suche nach einem geeigneten Endlager-Standort 2046 sei. Entsprechend schiebt sich alles nach hinten. Zum Grund der Verzögerung sagt sie: „Die Zielvorgabe 2031 war ins Standortauswahlgesetz geschrieben worden – wohl wissend, dass dahinter kein Projektplan liegen konnte. Aufgrund der nun vorliegenden Erfahrungen hat die BGE Ende 2022 einen detaillierten Rahmenterminplan vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass der Zeitbedarf sehr viel größer ist.“

Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), beaufsichtigt qua Amt die BGE hinsichtlich der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben. Er geht im Gespräch mit unserer

Redaktion davon aus, dass die Suche nach einem geeigneten Standort länger als von dem Bundesunternehmen angegeben dauern wird. „Die Annahmen erhalten leider große Unsicherheiten. Wir brauchen aber einen belastbaren Zeitplan für ein Endlager, auch um damit für die anderen betroffenen Bereiche realistisch planen zu können.“

Und was aber heißt das nun für die Zwischenlager? Denn sein Amt erteilt die Genehmigungen für die Aufbewahrung hoch radioaktiver Abfälle. König betont, die Sicherheit aller Zwischenlager sei „nach aktuellen Maßstäben gewährleistet“. Dies wird laufend durch die Landesatomaufsichten kontrolliert.

Aber er sagt auch: „Mit der Verlängerung der Endlagersuche über so einen Zeitraum hinweg ergeben sich sicherheitsrelevante Fragen, die jetzt zur Diskussion gestellt werden müssen: Sind die bisherigen Sicherheitsanforderungen auch für einen längeren Zeitraum als den bislang vorgesehenen ausreichend?“ König nennt mit Blick auf die Ukraine auch die veränderte geopolitische Lage und fügt an: „Es stellt sich somit auch die Frage, ob zukünftig auch kriegerische Ereignisse stärker in die Sicherheitsbetrachtungen einfließen müssten.“ Das und weitere Dinge wie etwa die Materialbeständigkeit der Castor-Behälter müssten nun

– vor der Genehmigung einer verlängerten Zwischenlagerung – geklärt werden. Die Betreiber sind gefordert, die entsprechenden Forschungsarbeiten anzustellen. „Klar ist: Das BASE erteilt erst die Genehmigung, wenn die Sicherheit nach dem dann aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik nachgewiesen ist. Dabei gibt es keinen Sicherheitsrabatt.“

Der BGZ-Sprecher für die Region Süd sagt mit Blick auf ein etwaiges Kriegsszenario, dass die Zwischenlager zwar zu den „bestgesicherten Objekten in Deutschland“ gehörten. Um den Schutz zu verstärken, würden beispielsweise an allen BGZ-Zwischenlagern zusätzliche Stahlbetonwände errichtet, ferner böten die Abwehrmaßnahmen grundsätzlich auch „einen gewissen Schutz bei kriegerischen Auseinandersetzungen“.

Aber: „Einen vollständigen Schutz gegen jeglichen denkbaren Angriff mit Kriegswaffen durch die Armee eines anderen Staates können allerdings weder ein Staat noch ein Betreiber einer atomaren Anlage vornehmen oder gewährleisten. Der beste langfristige Schutz für Mensch und Umwelt im Umgang mit radioaktiven Stoffen ist es, diese dauerhaft von Mensch und Umwelt zu isolieren und sie in einem tiefengeologischen Endlager aufzubewahren.“

## 1,3 MILLIARDEN LITER

# Japan will radioaktives Fukushima-Wasser in den Pazifik leiten – Internationale Atomenergiebehörde stimmt zu

*Wohin mit dem radioaktiv verseuchten Kühlwasser aus Fukushima? Der AKW-Betreiber und die japanische Regierung haben jetzt von der Internationalen Atomenergiebehörde das Okay für ein Verklappen des Wassers im Meer bekommen.*

Die Katastrophe ereignete sich vor mehr als zwölf Jahren – und noch immer kämpft Japan mit den Folgen der Kernschmelzen im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi im März 2011.

Sichtbares Zeichen: Rund um die Reaktoranlagen hat der Betreiber Tepco in den vergangenen Jahren mehr als 1000 riesige Wassertanks errichtet, in ihnen: 1,3 Milliarden Liter radioaktiv verseuchtes Wasser – und jeden Tag werden kommen 130.000 Liter hinzu. Denn noch immer müssen die geschmolzenen Kernbrennstoffe und die zerstörten Reaktorblöcke rund um die Uhr gekühlt werden. Der Platz für die Wasserspeicher wird laut Tepco langsam knapp rund um das Atomkraftwerk.

### Wohin mit dem Kühlwasser aus Fukushima?

Deswegen möchten der Konzern und die japanische Regierung das kontaminierte Wasser nun in den Pazifik leiten – und stießen bei ihren Plänen auf Widerstand, unter anderem von benachbarten Staaten und heimischen Fischern. Sie äußerten Bedenken für die Gesundheit von Mensch und Natur. Täglich sollen 150 Kubikmeter Wasser ins Meer geleitet werden.

Der Termin der Einleitung in den Pazifik rückt jetzt näher. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat grünes Licht für das Vorhaben gegeben. Das Einleiten des Kühlwassers habe nur einen "geringfügigen radiologischen Einfluss auf Menschen und die Umwelt", heißt es in dem IAEA-Abschlussbericht. Sie seien "unerheblich". Internationale Sicherheitsstandards seien erfüllt.

Eine aufwändige Vorbehandlung soll sicherstellen,

dass es zu keinen Verseuchungen kommen wird. Die Anlage dafür steht bereits. Laut Tepco sollen darin radioaktive Elemente wie Caesium bis auf einen Wert unterhalb der Grenzwerte aus dem Wasser gefiltert werden – ein international anerkanntes Verfahren.

Zurück bleiben jedoch radioaktive Tritium- und Kohlenstoff-14-Isotope, die nicht herausgefiltert werden können. Das behandelte Wasser soll anschließend verdünnt werden und über einem Tunnel rund einen Kilometer vor der Küste von Fukushima in den Pazifik abgeleitet werden. Auch dies ist den Experten zufolge weltweit üblich. "Wird tritiiertes Wasser in den menschlichen Körper aufgenommen, nimmt es wie normales Wasser an Stoffwechselprozessen im Körper teil und wird mit einer biologischen Halbwertszeit von rund zehn Tagen schnell wieder ausgeschieden", schreibt das Bundesamt für Strahlenschutz. Es erfolge "keine Anreicherung über die Nahrungskette". Die Behörde bilanziert: "Aus radiologischer Sicht ist eine solche Einleitung des gereinigten Abwassers unbedenklich, wenn sie über einen längeren Zeitraum von mindestens zehn Jahren verteilt erfolgt."

Die deutsche Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit erklärt zum Umgang mit dem Tritium: "Mit dem Einleiten des behandelten Wassers ins Meer wird ein zusätzlicher Dosisbeitrag für die Bevölkerung vor Ort von etwa 0.001 bis 0.0001 Millisievert pro Jahr erwartet. Dieser Wert entspricht etwa 1/1000 der in Japan herrschenden natürlichen Hintergrundstrahlung."

In der Region herrscht dennoch Beunruhigung. Örtliche Medien berichten zum Beispiel über Hamsterkäufe von Salz in Südkorea, weil befürchtet wird, Salz aus

dem Meerwasser in Zukunft nicht mehr nutzen zu können. Und Fisch aus der Region liegt in Japan mitunter wie Blei in den Auslagen.

IAEA-Chef Rafael Grossi sagte zuletzt in Tokio, er habe keinen "Zauberstab", um die Bedenken zu zerstreuen. Aber seine Organisation werde den gesamten Prozess begleiten und überwachen.

Die südkoreanische Regierung hat bereits angekündigt, ihren Widerstand gegen das Vorhaben nach dem IAEA-Bericht aufzugeben. "Wir respektieren ihre Untersuchungsergebnisse", sagte ein Vertreter der Regierung.

### **"So etwas wie 'kein Risiko' gibt es nicht"**

Und die japanischen Fischer? Sie testen laut "Tagesthemen" bereits jetzt schon freiwillig ihre Fänge auf radioaktive Belastungen, um das Vertrauen der Kunden zurückzugewinnen.

Für Caitlin Stronell vom Citizens' Nuclear Information Center in Tokio zeigt die Debatte um die Verklappung des Kühlwassers eines: "So etwas wie 'kein Risiko' gibt es nicht", sagte sie der Nachrichtenagentur DPA. Das sei eine der Lehren aus dem Atomunfall vor zwölf Jahren. "Die Gesundheitsrisiken einer Strahlenbelastung sind nie gleich null."

Doch die Einleitung des Kühlwassers in den Pazifik soll möglicherweise schon im August beginnen. Der angekündigte Rückbau des Atomkraftwerks und das Ableiten des kontaminierten Wassers wird eine Generationen-Aufgabe sein. Die IAEA geht von Jahrzehnten aus – die Folgen des Atomunglücks sind für Japan noch lange nicht bewältigt.

**Quellen:** Internationale Atomenergiebehörde, Bundesamt für Strahlenschutz (1), Bundesamt für Strahlenschutz (2), Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, ARD-"Tagesthemen", Nachrichtenagenturen DPA und AFP

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 07.07.2023 | S. 1

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

👤 Sebastian Schug

## Landesregierung stellt sich gegen LNG-Pläne auf Rügen

### Backhaus: Bund zu wenig auf MV-Vorschläge eingegangen

Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern stellt sich gegen die Pläne der Bundesregierung zum Bau eines Flüssigerdgas-Terminals auf Rügen. Landesumweltminister Till Backhaus (SPD) machte gestern Abend klar, dass dem Land verbindliche Zusagen des Bundes zur Förderung der Region fehlen. Unter diesen Umständen lehne man das Projekt ab. Trotz zahlreicher Gespräche zwischen Bund und Land sei der Bund bis zum heutigen Tag nicht ausreichend auf die Vorschläge der Landesregierung eingegangen, sagte Backhaus. „Vor allem aber ist für uns enttäuschend, dass keine Perspektive als Wasserstoffstandort aufgezeigt werden konnte.“ Das Land hatte einen Maßnahmenkatalog mit Vorschlägen an den Bund geschickt, mit denen für mehr Akzeptanz in der Region geworben werden sollte.

Vorpommern-Staatssekretär Heiko Miraß (SPD) hatte die aktuelle Position des Landes gestern Abend

auch in einer Sitzung der Gemeindevertretung des Ostseebades Binz vorgetragen. Bürgermeister Karsten Schneider begrüßte die Klarstellung in einer ersten Reaktion: „Die Landesregierung hat erkannt, dass man dieses Projekt nicht gegen die Bevölkerung durchsetzen kann. Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung auch noch zu dieser Erkenntnis kommt.“

Heute wollen Bundestag und Bundesrat über die Aufnahme des geplanten Flüssigerdgas-Terminals im Hafen Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz entscheiden.

Backhaus machte aber auch klar, dass im Falle einer Zustimmung ein rechtsstaatliches Genehmigungsverfahren im Land garantiert wird: „Das bedeutet, dass alle Argumente für oder gegen eine Genehmigung des Terminals sorgfältig durch die zuständige Behörde abgewogen werden“. *dpa*

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 07.07.2023 | S. 1

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

## ANKÜNDIGUNG VON HABECK

# LNG-Terminal: Habeck macht 500 Millionen Euro locker

## Bund gibt Planung für Bahnstrecke Berlin - Sassnitz frei / MV-Regierung gegen Terminalbau

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) buhlt mit millionenschweren Zugeständnissen in Schwerin um Zustimmung für den Bau des LNG-Terminals in Mukran. Einen Tag vor der Abstimmung im Bundestag am Freitag kündigte Habeck in einem Brief an die Landesminister Reinhard Meyer und Till Backhaus (beide SPD) Geld für den Ausbau der Bahnstrecke Berlin - Sassnitz an.

Es sei gelungen, die Planung der Bahntrasse Berlin - Pasewalk - Stralsund - Sassnitz mit einem Volumen von rund 500 Millionen Euro freizugeben. „Auch in anderen Bereichen zeigt sich, dass verschiedene Fördermöglichkeiten bereitstehen“, schreibt Habeck gemeinsam mit dem Ostbeauftragten Carsten Schneider an die Schweriner Minister.

Der Ausbau der Bahnstrecke auf 160 Stundenkilometer gehörte zum Kern des 950 Millionen Euro schweren Forderungskataloges des Landes an den Bund. Abgeordnete aus MV lassen sich von den Ankündigungen allerdings nicht beeindrucken. „Die Zusage Habecks ist ein erstes Zeichen, reicht aber als Entgegenkommen noch nicht aus“, so der SPD-Abgeordnete Erik von Malottki. Er und SPD-Kollegin Anna Kassautzki werden trotzdem gegen die Aufnahme Mukrans in das LNG-Beschleunigungsgesetz (LNGG) stimmen.

Die CDU-Fraktion wird geschlossen gegen das Gesetz stimmen. Die Ankündigung Habecks bezeichnet Philipp Amthor, Abgeordneter aus Vorpommern, als „unseriösen Kuhhandel“. Die Grünen-Abgeordnete Claudia Müller will voraussichtlich „schweren Herzens“ der

Fraktion folgen. Beobachter gehen derzeit von einer Mehrheit für die Aufnahme Mukrans in das LNGG aus. Im Bundesrat ist das Gesetz nicht zustimmungspflichtig. Die MV-Regierung spricht sich indes gegen den Terminalbau aus. Umweltminister Till Backhaus (SPD) machte gestern klar, dass dem Land verbindliche Zusagen vom Bund zur Förderung der Region fehlen. Somit lehne man das Projekt ab.

Die Gemeinde Binz hat für den Fall der Aufnahme juristische Schritte angekündigt. Sie will vor dem Bundesverwaltungsgericht einen vorläufigen Baustopp erzwingen und die Vertiefung der Fahrrinne zum Hafen verbieten lassen. Bürgermeister Karsten Schneider (parteilos) spart nicht mit Kritik an Habecks Ankündigung: Kalter Kaffee, das Projekt sei längst im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen. „Das ist nicht nur ein schlechter Politik-Stil, sondern eine böse Täuschung der Bevölkerung.“

Beim Bergamt Stralsund liegen alle Anträge des Pipelinebauers Gascade vor, auch der auf vorzeitigen Baubeginn. Die Umwelthilfe (DUH) geht gegen die Pipeline vor. Sie bezeichnet das Projekt als „Katastrophe für besonders schützenswerte Meeresgebiete“. Der Ökonom Christian von Hirschhausen moniert: „Die Infrastruktur ist weder energiepolitisch nötig noch klimapolitisch sinnvoll.“ Das Bergamt plant ab 17. Juli eine vierwöchige Stellungnahmefrist. Damit könnte die Pipeline frühestens in der zweiten Augusthälfte genehmigt werden. Man werde die Anträge sehr sorgfältig prüfen, so Bergamts-Chef Thomas Triller.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 07.07.2023 | S. 10

📄 Auflage: 8.653 | Reichweite: 20.202

👤 Anne Ziebarth

## INTERVIEW

# Der Mann, der Rügen das LNG schmackhaft machen soll

## Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, soll das LNG-Projekt begleiten und der Bevölkerung vermitteln.

Carsten Schneider ist Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland. Nach dem Kommunikationsfehlstart hinsichtlich der LNG-Planungen in Sellin, wurde der 47-jährige Erfurter vom Bundeskanzler gebeten, sich um die Weiterführung und Betreuung des LNG Projekts auf Rügen zu kümmern, sollte es realisiert werden.

### Herr Schneider, warum ist bei dieser Aufgabe die Wahl auf Sie gefallen?

Carsten Schneider: In meiner Position sehe ich die Bedeutung des LNG-Projekts für den gesamten ostdeutschen, aber auch den mittel- und osteuropäischen Raum. Es geht ja darum, die Energieversorgung zum Beispiel auch in Thüringen, Brandenburg oder Sachsen zu sichern. Denn es sind nicht genügend Gasleitungen von West nach Ost vorhanden. Sollte es zu einer Notsituation kommen, müssen wir vorbereitet sein. Nicht zu handeln und die Augen dafür zu verschließen - das wäre unverantwortlich. Und: Ganz praktisch ist ja hier in der Situation auf Rügen ein Ausgleich und Vermittlung gefragt - eine Aufgabe, die ich im Interesse Ostdeutschlands aus dem Kanzleramt heraus wahrnehme.

### Die Frage, ob es tatsächlich eine Gasmangellage gibt, bewegt die Gemüter. Das renommierte Deutsche Institut für Wirtschaft sagt zum Beispiel: Nein.

Ich kenne das vor einer Woche vorgestellte Gutachten und habe es der Bundesnetzagentur zur näheren Auswertung gegeben. Bereits in einer ersten Einschätzung kann festgestellt werden: Das Gutachten hat substanzielle Schwächen. Verschiedene Aspekte wurden nicht berücksichtigt, die möglichen Mangellagen werden in der Analyse nur monatlich betrachtet, nicht aber auf einer täglichen Basis. Das ist nicht aussage-

kräftig. Auch bei den Einschätzungen zur Resilienz, zu den verfügbaren Transportleitungen und zum veranschlagten Gesamtvolumen hat die Studie Schwächen. Man muss wissen, dass die bestehenden Leitungen schon jetzt zum Teil auf 120 Prozent laufen.

### Was nehmen Sie als Botschaft mit auf die Insel Rügen?

Ich möchte in direkten und persönlichen Gesprächen dafür werben und erklären, warum wir das Projekt innerhalb der Bundesregierung für notwendig halten. Es geht aber nicht nur um Vermittlung, sondern auch um eine längerfristige Unterstützung zu den Ausgleichsmaßnahmen für Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Entscheidung des Bundestages am Freitag über das Gesetz ist es ja nicht getan. Wenn es gewollt wird, werden wir insbesondere neue Entwicklungschancen durch erneuerbare Energien und ganzjährige Arbeitsplätze schaffen.

### Die Fronten sind verhärtet, viele Menschen auf der Insel lehnen das Vorhaben ab. Wie wollen sie die erreichen?

Das weiß ich. Ein Gesprächstermin mit der Gemeinde Binz wurde zum Beispiel leider kurzfristig abgesagt. Aber verhärtete Positionen bringen niemanden weiter. Deshalb werde ich im August drei Tage hier sein und weiter das Gespräch mit allen Beteiligten und Interessierten suchen. Dann kann jeder kommen und mit mir sprechen. Es wird sicherlich auch Veranstaltungen geben. Ich freue mich auf den Austausch und das Gespräch.

### Was könnte die Insel Rügen denn konkret dabei gewinnen?

Die Lasten, die Rügen tragen würde, sollen kompensiert werden. Das ist klar. Wir sind derzeit in

Abstimmung mit der Landesregierung, was den an uns übermittelten Maßnahmenkatalog angeht. Wenn Land und Stadt das wollen, können wir zum Beispiel bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Hafens und der Fernwärme mit Fördermitteln unterstützen, die Finanzierung würde zu ordentlichen Teilen der Bund tragen. Wir wollen die Energiewende gestalten. Wenn eine Region wie Rügen als „Grüne Insel Rügen“ vorgehen würde, können wir hier deutlich investieren. Zum Beispiel mit der Installation eines Elektrolyseurs zur Wasserstoffproduktion. Auch der Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Sassnitz wird vorgezogen, das sind immerhin 500 Millionen Euro. An vielen Stellen gibt es gute Aussichten. 15 Millionen Euro für die Vertiefung der Fahrrinne übernimmt ebenfalls der Bund, den Kai-ausbau übernimmt der Hafen, refinanziert durch Re-

gas. Für weitere Projekte sind wir offen.

### **Wie können die Menschen sicher sein, dass LNG nicht dauerhaft bleibt?**

Das müsste zwischen der Regas und dem Hafen vereinbart werden. Ab 2027 ist der Umstieg auf Wasserstoff möglich. Der Bedarf für Wasserstoff wird ja steigen. Die Leitungen Eugal und Opal führen ab Lubmin in Gebiete mit hohem Energieverbrauch, wie Eisenhüttenstadt mit Eko-Stahl, Dresden und Thüringen. Dort brauchen wir in der Zukunft Wasserstoff, nicht Gas, das künftig deutlich teurer werden wird. Es geht also um eine langfristige Perspektive. Wichtig für die Region wäre der Ausbau einer eigenen wirtschaftlichen Nutzung, damit Rügen nicht auf eine Transitregion reduziert wird.

📰 Südwest Presse - Neckar-Chronik | 07.07.2023

📄 Auflage: 4.046 | Reichweite: 16.731

## Für eine Energiewende ohne zusätzlichen radioaktiven Müll

Politische Diskussion: Der grüne Bundestagsabgeordnete Harald Ebner sprach im Dornstetter „Engel“ über das Thema Atomkraft.

Eingeladen hatte der Kreisverband der Grünen ins Gasthaus „Engel“ in Dornstetten. „Sicher ist nur das Risiko. Warum Atomkraft keine Lösung ist“ lautete das Motto der Veranstaltung. Harald Ebner ist Vorsitzender des Bundes-Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.

Er erinnerte zum Einstieg in den Vortrag an die aus der Not heraus getroffene Entscheidung, nach dem Ausstieg aus russischem Gas die drei verbleibenden Atomkraftwerke Emsland, Neckarwestheim 2 und Isar 2 ohne neue Brennelemente anderthalb Monate länger am Netz zu lassen. Aus einigen Fraktionen sei damals die Forderung gekommen, die Laufzeiten grundsätzlich zu verlängern. Am 15. April 2023 wurden die drei letzten deutschen Atomkraftwerke trotzdem vom Netz genommen.

Erstmals seit 62 Jahren sei in Deutschland kein Reaktor mehr in Betrieb. Die Überzeugung, dass sich Probleme wie etwa hohe Energiepreise in Luft auflösen, wenn Reaktoren weiterliefen, sei falsch, sagte Ebner. „Diese Sichtweise bezieht nicht alle Faktoren mit ein, denn Atomkraft ist riskant, unzuverlässig, teuer, nicht klimakrisensicher und auch nicht umweltfreundlich.“ Der Faktor „Sicherheit“ erhöhe sich in dem Moment, in dem die Brennelemente aus dem Reaktorkern herausgehoben und ins Abklingbecken daneben gesetzt würden, um das 631-fache. Bemerkenswert: Ebner zitierte hier die EnBW und nicht einen grünen Umweltverband.

### Fehlendes Kühlwasser

Wie Tschernobyl und Fukushima gezeigt hätten, ließen sich Schreckensszenarien auch mit bestem Ingenieurwissen nicht verhindern. Frankreich habe im vergangenen Jahr mehrere Atomkraftwerke abschalten müssen, weil schlichtweg das Kühlwasser in den Flüssen fehlte. Dabei seien selbst bei neueren Reaktoren Risskorrosionsschäden im inneren System festgestellt worden.

Das Argument des billigen Atomstroms will Ebner nicht gelten lassen. Wären die drei AKW tatsächlich weitergelaufen, hätte dies eine periodische Sicherheitsüberprüfung mit ungewissem Ausgang erfordert, sagte er. Die Kosten, etwaige Mängel zu beheben, wären nicht vorhersehbar gewesen.

Das Kernkraftwerk Olkiluoto 3 in Finnland sei 12 Jahre später als geplant ans Netz gegangen und habe statt 3,2 Milliarden Euro 11 Milliarden gekostet. „Gegen den Bau dieses Reaktors war der Bau des Berliner Flughafens eine perfekt choreografierte Punktlandung“, zitierte Ebner dazu aus den Medien. Ähnliche Beispiele gebe es in Frankreich. Im Vergleich zu erneuerbaren Energien sei Atomkraft vier Mal so teuer, behauptete er. Der erforderliche Rückbau nach Ende des Leistungsbetriebs koste 1,7 Milliarden Euro pro Reaktor on top.

Anträge von AfD und CDU, die Reaktoren zumindest als Reserve zu behalten, lehnen die Grünen ab. Diese Vorgehensweise verstoße gegen geltendes Gesetz, das den unverzüglichen Rückbau nach Ende des Leistungsbetriebs vorsehe. Gegen einen Reservebetrieb spreche auch die fehlende Wirtschaftlichkeit. Selbst ein nur zu Reservezwecken bereit gehaltener Reaktor erfordere als Hochsicherheitsanlage einen riesigen Aufwand, der „sehr viel Geld“ koste. Mit dreistelligen Millionenbeträgen pro Monat müsse man rechnen, so Ebner. „Ein Reaktor ist schließlich etwas anderes als eine Kaffeemaschine.“

Noch sei kein Endlager in Deutschland tatsächlich in Betrieb. Ebner erläuterte die Probleme bei der komplexen Standortsuche. Maximal drei Generationen hätten einen Nutzen aus der Atomkraft gezogen, tausende von Generationen müssten anschließend auf das Material aufpassen. Abschließend kam Ebner auf den Beschluss des ukrainischen Atomkraftwerkes Saporischschja durch das russische Militär zu sprechen. „Atomkraft ist in Friedenszeiten schon gefährlich genug, in Kriegszeiten haben wir aber eigentlich gar nichts mehr in der Hand, wenn sich einer einfach nicht an die Regeln hält.“ Nicht vergessen dürfen die Befürworter der Atomkraft, dass bis zu 45 Prozent allen Urans aus russischen, aserbaidjanischen

und sonstigen „fragwürdigen Quellen“ komme. Nahezu 100 Prozent der Brennelemente für Reaktoren östlicher Bauart kämen direkt aus Russland. „Wir wären nicht unabhängig, sondern noch abhängiger“, so Ebners Fazit.

### **Ohne Regierungspotenz wenig Veränderung**

In der anschließenden Diskussion äußerte SPD-Mitglied Hans Lambacher den Vorwurf, dass man den Atomausstieg zwar beschlossen und umgesetzt habe, dass es sämtliche politischen Parteien aber versäumt hätten, notwendige Alternativen zu schaffen. Da nehme er weder die SPD noch die Grünen aus. Gerade in Baden-Württemberg hätte man in Sachen Windkraft wesentlich mehr tun können, so Lambacher.

Das ließ Ebert so nicht stehen. Mehr tun zu können erfordere zunächst auch die entsprechende politische Potenz. Die hätten die Grünen, die nie alleine regiert haben, nicht gehabt. Bereits 2011 sei das Planungsrecht geändert worden, um die rechtlichen Grundlagen für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen und Kommunen in die proaktive Planung zu bewegen. Die Antragszahlen seien daraufhin gestiegen, bis Wirtschaftsminister Peter Altmaier (SPD) mit einem Solar- und Windkraftdeckel alles ausgebremst habe. Die Grünen hätten seinerzeit weder im Bund noch im Land eine Mehrheit gehabt. Auch jetzt dürften sie nur mitregieren und die FDP wolle in den grünen Punkten sowieso immer das Gegenteil. Trotzdem, so Ebner zufrieden, sei es gelungen, den Braunkohleausstieg im rheinischen Revier acht Jahre vorzuziehen. „Wir haben da richtig was vorangebracht.“